



## **22. Sitzung**

**14.02.2018**

**Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9**

### **1. Wegwerfverbot für Lebensmittel**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/705**

---

Der Ausschuss führte ein Fachgespräch durch. Die Diakonie Mitteldeutschland und die Stadtmission Magdeburg werden nachträglich um eine schriftliche Stellungnahme zum Thema gebeten.

Die Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde für die Sitzung am 09.05.2018 in Aussicht genommen.

### **2. Kommunen entlasten - Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten entbürokratisieren und verbessern**

Beschluss Landtag - **Drs. 7/1924**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/2254**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen.

Die Landesregierung sagte zu, dem Ausschuss den Fragebogen des MI an die kommunalen Leistungsträger zur Umsetzung der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte bzw. zur Vollzugspraxis bei der Herausgabe von Behandlungsscheinen nachträglich zuzusenden.

Die Landesregierung wird den Ausschuss über das Ergebnis der Befragung durch das MI von sich aus informieren. Danach soll der Beschluss erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

### **3. Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Landesprogramm "Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt" im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes**

Beschluss Landtag - **Drs. 7/2044**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/2306**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Er vereinbarte, dass die nächste Berichterstattung in der Sitzung am 14.11.2018 erfolgen soll.

### **4. Bericht über den Stand der Maßnahmen zur Realisierung des Einsetzens des Budgets für Arbeit in der Landesregierung und ihrer Institutionen**

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/SOZ/28**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Er vereinbarte, das Thema für einen weiteren Bericht im Februar 2019 erneut aufzurufen.

### **5. Stand der Verhandlungen zu den Notfallambulanzen der Universitätsmedizin in Halle und in Magdeburg**

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 7/SOZ/31**

---

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Vorbehaltlich des Erhalts einer schriftlichen Mitteilung der Landesregierung über das Ergebnis der Verhandlungen wurde das Thema für erledigt erklärt.

### **6. Suchtprävention**

---

Der Ausschuss führte eine Beratung in Anwesenheit von Vertretern des Arbeitskreises „Legale Suchtmittel“ und des Landesamtes für Verbraucherschutz durch. Das Thema wurde für erledigt erklärt.

- 7. Vorstellung und Arbeitsstruktur des Kompetenzzentrums für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt (LaKoB). Dazu sollen die Mitglieder des Kompetenzzentrums (siehe Begründung) geladen werden, um über weitere Perspektiven zu berichten.**

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/SOZ/14**

---

Der Ausschuss verständigte sich darauf, keine Delegationsreise zum Thema „Barrierefreiheit“ durchzuführen.

## **8. Verschiedenes**

---

### **a) Billigung von Niederschriften**

Der Ausschuss billigte die Niederschriften über

- den nichtöffentlichen Teil der 18. Sitzung am 15.11.2017 mit zwei Korrekturen,
- den öffentlichen Teil der 18. Sitzung am 15.11.2017, sowie
- die 19. Sitzung am 23.11.2017.

Hinsichtlich der Niederschrift über die 20. Sitzung am 13.12.2017 kündigte die Fraktion der AfD an, ihre Korrekturbitte dem Ausschussekretariat schriftlich nachzureichen.

### **b) Antrag auf Beratung im Rahmen der Selbstbefassung der Fraktion DIE LINKE, ADrS. 7/SOZ/33 - Gewalt gegen minderjährige unbegleitete Ausländer\_innen (UMA)**

Der Ausschuss beschloss, den Antrag in der nächsten Sitzung am 04.04.2018 zu behandeln.

### **c) Antrag auf Beratung im Rahmen der Selbstbefassung der Fraktion der AfD, ADrS. 7/SOZ/34 - Unterstützung des Präventionsnetzwerkes „Kein Täter werden“ in Sachsen-Anhalt**

Der Ausschuss verständigte sich, gemäß dem Antrag in der Sitzung am 4. April 2018 ein Fachgespräch durchzuführen sowie einen Bericht der Landesregierung entgegenzunehmen. Zusätzlich sollen die Fachberatungsstelle „Ampel“ und das Projekt „pro Mann“ eingeladen werden.

#### d) Nächste Sitzung des Ausschusses am 04.04.2018

Die Tagesordnung wird folgende Punkte enthalten:

- **ADrs. 7/SOZ/29** – Ärztemangel in Sachsen-Anhalt (*Fachgespräch*)
- **ADrs. 7/SOZ/32** – Barrierefreie Kommunikation für Gehörlose und Hörgeschädigte in Krankenhäusern und Polizeistationen in Sachsen-Anhalt (*Berichterstattung MS und MI*)
- **ADrs. 7/SOZ/33** – Gewalt gegen minderjährige unbegleitete Ausländer\_innen (UMA) (*Berichterstattung der LR*)
- **ADrs. 7/SOZ/34** – Unterstützung des Präventionsnetzwerkes „Kein Täter werden“ in Sachsen-Anhalt (*Berichterstattung der LR und Fachgespräch*)
- Antrag, **Drs. 7/1485** – kostenfreie Mittagskost für Kindergarten- und Schulkinder (*Erarbeitung der vorläuf. BE an den ff. Ausschuss BIL*)
- Beschluss, **Drs. 7/326** – **Mitwirkung der jungen Generation fördern. Demokratie stärken.** (*Berichterstattung der Landesregierung*)
- **Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2016, Teil 1 – vertraulicher Teil** (Unterrichtung, **Drs. 7/518**), *Beratung*
- unter „Verschiedenes“: Bericht der Landesregierung zur **Frage nach der Verständigung des Arbeitskreises der Arbeits- und Sozialminister bzgl. einer Satzungsermächtigung auf kommunaler Ebene** (siehe Punkt f))
- unter „Verschiedenes“: **Stand der AMEOS Kliniken Haldensleben** (*erneuter Sachstandsbericht; siehe Punkt g*)

#### e) Antrag auf Beratung der Drs. 7/2396 „Vertiefte Berufsorientierung langfristig sichern“ in öffentlicher Sitzung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Berichterstattung zum Beschluss, Drs. 7/2396, in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Die Landesregierung wurde gebeten, dem Ausschuss bis zu nächsten Sitzung „Leuchttürme“ zu benennen, die im III. Quartal 2018 zum Programm BRAFO angehört werden können.

#### f) Fragen und Bitten an die Landesregierung

- Abg. Frau Zoschke fragt nach dem **Inhalt eines Vergleiches zu einem Klageverfahren zwischen dem MS und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt**. Die LR wird die Antwort schriftlich nachreichen.

- Abg. Frau Zoschke fragt im Zusammenhang mit der Beratung zum Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt im Ausschuss, insbesondere zur Frage der Einführung einer Satzungsermächtigung, ob **es mittlerweile eine Verständigung des Arbeitskreises der Arbeits- und Sozialminister gibt, die zu einer einheitlichen Regelung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Personen mit einem besonderen Bedarf führen könne.**

Die Landesregierung sagte zu, den Ausschuss in der nächsten Sitzung unter „Verschiedenes“ dazu mündlich zu informieren.

#### **g) Stand der AMEOS Kliniken Haldensleben**

Die Landesregierung berichtete über die aktuelle Situation der AMEOS Kliniken Haldensleben.

Der Ausschuss bat um einen erneuten Bericht in der nächsten Sitzung unter „Verschiedenes“, insbesondere zu den Ergebnissen der anstehenden Gespräche und zum aktuellen Sachstand, einschließlich der Konzeption für das Haus 112.

Petra Gaertner  
Ausschussdienst